Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig

Mr. 51	Ausgegeben Danzig, den 28. Juni 1939
Zag	Inhalt Seite
8. 6. 1939	Berordnung zur weiteren Unberung bes Danziger Besoldungsgesetzes
10. 6. 1939	Berordnung betreffend Abänderung und Neufassung der Verordnung zum Schutze des Einzelhandels und des Handwerks
14. 6. 1939	Polizeiverordnung über die Herstellung, den Bertrieb und das Abbrennen von Brandfagen 313
17. 6. 1939	Bekanntmachung über die Bollzugsordnungen für den Telegraphen-, Fernsprech- und Funkbienst zum Weltnachrichtenvertrag Madrid 1932
22. 6. 1939	Rechtsverordnung zur Ergänzung der Rechtsverordnung zum Schuße der Unisormen der RSDAB. vom 7. November 1938 (G. Bl. S. 545)
23. 6. 1939	Berordnung betreffend die Einsetzung eines Bezirksbürgermeisters im Ortsbezirk der ehemaligen Landsgemeinde Oliva
17. 6. 1939	Rechtsverordnung zur Underung des Berforgungsgesetes

127

Verordnung

zur weiteren Anderung des Danziger Besoldungsgesetzes. Bom 8. Juni 1939.

Auf Grund des § 1 3iff. 21 und des § 2 des Gesethes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273) sowie des die Geltungsdauer dieses Gesethes verlängernden Gesethes vom 5. Mai 1937 (G. Bl. S. 358 a) wird folgendes mit Gesetheskraft verordnet:

Artifel 1

Das Danziger Besoldungsgeset vom 19. Oktober 1928 (G. Bl. S. 239) in der jetzt geltenden Fassung wird in der Anlage 1 (Besoldungsordnung für die planmäßigen unmittelbaren Staatsbeamten) wie folgt geändert:

1. In der Besoldungsgruppe A 1 b ist die Amtsbezeichnung "Oberregierungsrat als Berwal-

tungsgerichtsdirektor 1)" zu streichen.

2. In der Besoldungsgruppe A 2 a ist die Amtsbezeichnung "Oberregierungsrat als Verwaltungsgerichtsdirektor")" hinzuzufügen.

Artifel II

Diese Berordnung tritt rudwirkend am 1. Juni 1939 in Rraft.

Danzig, ben 8. Juni 1939.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

PZI 2110

Greiser Dr. Hoppenrath

128

Verordnung

betreffend Abänderung und Neufassung der Verordnung zum Schutze des Einzelhandels und des Sandwerts.

Vom 10. Juni 1939.

Auf Grund von § 1 3iff. 68 und 70 und § 2 des Gesehes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G. BI. S. 273) sowie des die Gestungsdauer dieses Gesehes verlänsgernden Gesehes vom 5. Mai 1937 (G. BI. S. 358 a) wird folgendes mit Geseheskraft verordnet:

Die Verordnung zum Schutze des Einzelhandels und des Handwerks vom 19. November 1938

(G. Bl. S. 678) wird abgeändert und erhält die folgende Fassung:

Verkaufsstellen, in denen Waren zum Verkauf feilgehalten werden, (Einzelhandelsgeschäfte) sowie Sandwerksbetriebe dürfen nur mit besonderer Genehmigung neu eröffnet, verlegt oder übernommen werden.

Das gleiche gilt für Berteilungsstellen von Konsumvereinen, Werktonsumanstalten, Bersands geschäfte, Ankaufsstellen, in denen Waren zum Weiterverkauf an den Großhandel oder den Großsabnehmer angekauft werden, sowie Annahmestellen für Bestellungen auf Lieferung von Waren im Einzelhandel oder gewerbliche Leistungen.

Ebenso bedarf der Genehmigung die Benutzung von Räumen zur Ausstellung von Waren, die in örtlich davon getrennten Berkaufsstellen zum Berkauf feilgehalten werden (Ausstellungsräume).

\$ 2

Der Eröffnung oder übernahme im Sinne bes § 1 stehen gleich:

- 1. Die Erweiterung von Berkaufs= oder Werkstatträumen, wenn die Räume um mehr als 25 qm gegenüber dem Zustande vergrößert werden, den sie bei Inkrafttreten dieser Ber= ordnung oder bei Erteilung der Genehmigung hatten:
- 2. eine Ünderung in der Bezeichnung des Einzelhandelsgeschäftes auf Geschäftsschildern, Ansschlägen, Geschäftspapieren, Werbeschriften oder Ankündigungen, wenn durch die geänderte Bezeichnung auf eine besondere Art der Preisstellung oder auf den Bezug der Ware von einem bestimmten Verkaufsunternehmen hingewiesen wird;
 - 3. die Ausdehnung des Berkaufs auf Warengattungen, die bisher in der Berkaufsstelle nicht feilgeboten wurden:
 - 4. die Übernahme eines im § 1 Absatz 1 und 2 genannten Betriebes durch einen Pächter und nach Ablauf eines Pachtvertrages durch den Verpächter.

\$ 3

Unter die Bestimmungen dieser Berordnung fällt auch jede wirtschaftliche Tätigkeit oder Maßnahme, die geeignet wäre, eine nach dieser Berordnung notwendige Genehmigung zu umgehen. Dieses gilt insbesondere für die Berschleierung der Übernahme eines Einzelhandelsgeschäftes oder Handwerksbetriebes durch Einsetzung eines Stellvertreters oder sonstigen Bevollmächtigten.

8 4

Ist für die Eröffnung, Verlegung oder Übernahme eines der in § 1 Absat 1 und 2 genannten Betriebe eine Genehmigung nach der Gewerbeordnung notwendig und erteilt, so ist die Erlangung einer Genehmigung nach der vorliegenden Verordnung nicht erforderlich.

Unter die Bestimmungen dieser Berordnung fällt nicht das Feilhalten von Waren oder Anbieten gewerblicher Leistungen auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen, im Umherziehen, im Markt-verkehr, auf Ausstellungen, Auktionen und Messen.

MorR m 8881 18 5

Für die Erteilung der Genehmigung sind zuständig

bei Betrieben des Einzelhandels die Industrie= und Handelskammer zu Danzig,

bei Sandwerksbetrieben die Sandwerkskammer zu Danzig,

bei Betrieben, die ausschließlich zum Nährstand gehören, der Danziger Nährstand.

Bei gemischten Betrieben (§ 10 Abs. 2 der Nährstandsverordnung vom 9. März 1939 — G. Bl. S. 127 —) sowie bei den Betrieben der Bäcker, Schlächter, Müller, Konditoren und Fischspezialgeschäften ist durch die Industrie= und Handelskammer bezw. Handwerkskammer vor Erteilung der Genehmigung die Justimmung des Danziger Nährstandes einzuholen.

Zweifel, die sich im Einzelfall über die Zuständigkeit einer der beiden Kammern oder des Danziger Nährstandes ergeben, entscheidet der Senat der Freien Stadt Danzig.

8 des Gelehes zur Behebung der

Gegen Entscheidungen der Kammern und des Danziger Nährstandes, durch die beantragte Genehmigungen abgelehnt oder von Auflagen oder Beschränkungen abhängig gemacht werden, ist die Beschwerde an den Senat der Freien Stadt Danzig zulässig. Die Beschwerde muß innerhalb einer Frist von 2 Wochen nach Empfang der Entscheidung der Kammern oder des Danziger Nährstandes eingelegt werden. Der Senat entscheidet endgültig.

Im Bereich bes Einzelhandels fann die Industrie- und Sandelskammer zu Danzig, im Bereich des Sandwerfs die Sandwerfsfammer zu Danzig und bei Betrieben, die ausschließlich zum Rährstand gehören, ber Dangiger Nährstand die Weiterführung eines Betriebes untersagen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß die Führung des Betriebes in einer Weise erfolgt, die den Interessen der Allgemeinheit offensichtlich in grober Beise widerspricht.

Die Bestimmungen des § 5 Absat 2 und 3 finden entsprechende Anwendung.

Gegen die Entscheidung der Rammern und des Danziger Rährstandes ift die Beschwerde beim Senat ber Freien Stadt Dangig gulaffig. Die Beschwerbe ift innerhalb einer Frift von 2 Wochen nach Empfang der Entscheidung der Rammern oder des Danziger Nährstandes einzulegen. Der Genat entscheidet endgültig.

Die Geltendmachung von Schabenersagansprüchen ift ausgeschlossen.

bie von der Werfluftichnt-Bertrauensis z eine ichrifulides Econodifiques zum Abbrennen Betriebe und Ausstellungsräume, die entgegen den Vorschriften dieser Berordnung bestehen, sind von der Polizeibehörde zu ichließen.

Wer vorsätzlich ober fahrläffig einen ber in § 1 Absatz 1 und 2 genannten Betriebe führt ober einen Ausstellungsraum benutt, ohne nach dieser Berordnung dazu berechtigt zu sein, wird mit Geld= strafe bis zu G 10000,— bestraft. Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag des Senats der Freien Stadt Danzig ein. obersten Führung eine ausbrückliche 10e gliche Ermächtigung zur Ber

Für Berkaufsstellen, Berteilungsstellen und Handwerksbetriebe, für die zur Zeit des Inkraft= tretens dieser Berordnung eine nach der Berordnung jum Schutze des Einzelhandels vom 3. Oktober 1933 (G. Bl. S. 485) in der Fassung der Berordnung vom 28. Juli 1934 (G. Bl. S. 587) und der Berordnung zum Schutze des Einzelhandels und des Handwerks vom 14. März 1935 (G. Bl. S. 425) notwendige Genehmigung nicht vorliegt, ist die Genehmigung nach der vorliegenden Berordnung erforderlich.

Für Ausstellungsräume, die zur Zeit des Inkrafttretens dieser Berordnung als solche benutt werden, ist der Antrag auf Genehmigung innerhalb von 14 Tagen nach Infrafttreten dieser Berordnung zu stellen. Bis zur Entscheidung über den Antrag ift die Weiterbenutzung der Ausstellungs= räume zulässig.

§ 10

Die Verordnung tritt 8 Tage nach ihrer Verfündung in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Berordnung zum Schutze des Einzelhandels und des Sandwerks vom 14. März 1935 (G. Bl. S. 425) außer Kraft.

Danzig, ben 10. Juni 1939.

Der Senat der Freien Stadt Danzig geleinen gradt Danzig

Suth Rettelskn

Polizeiverordnung med im negmindroepulled

über die Serftellung, den Bertrieb und bas Abbrennen von Brandfagen. Bom 14. Juni 1939.

Auf Grund der §§ 1-3, 10 und 12 der Rechtsverordnung über die Polizei im Gebiete der Freien Stadt Danzig vom 11. Januar 1937 (G. Bl. S. 11) und des § 23 der Rechtsverordnung betr. den Luftschutz vom 24. August 1938 (G. Bl. S. 285) wird für das Gebiet der Freien Stadt Danzig folgendes verordnet:

Itorine man & 1

- (1) Wer Brandsätze herstellen will, die in ihrem Aufbau und ihrer Wirkung zur Brandstiftung führen können oder die Wirkungsweise von Brandstiftungsmitteln zeigen sollen, bedarf dazu der Genehmigung der Kreispolizeibehörde.
- (2) Die Genehmigung gur Berftellung ift nur für folche Brandfate gu erteilen, für die die Bertriebsgenehmigung gemäß § 17 der "Rechtsverordnung betreffend den Luftschutz vom 24. August 1938" — G. Bl. S. 285 — und der "Zweiten Berordnung zur Durchführung der Rechtsverordnung betreffend den Luftschutz vom 27. Dezember 1938" - G. Bl. 1939 G.7 - erteilt ift.
- (3) Für die Herstellung von Musterstüden dieser Brandsätze zur Borlage zweds Erteilung der Erlaubnis zum Vertrieb ist feine Genehmigung erforderlich.

Wer Brandsätze der im § 1 bezeichneten Art abbrennen will, bedarf dazu der Genehmigung der Ortspolizeibehörde.

§ 3 (1) Brandfate durfen nur an solche Stellen abgegeben werden, die durch Borlage der Genehmi= gung der zuständigen Ortspolizeibehörde die Berechtigung zum Abbrennen von Brandsäten nachweisen.

(2) Der Berbleib der Brandsätze ist sowohl von den Serstellern wie auch von den Berbrauchern in einem mit fortlaufenden Seitenzahlen versehenen Buche nachzuweisen.

Senat ber Freien Stodt Dangig gulailig. Die Bob gerbe ist istigenello-liefe Beiff Bon 2 Modien nach

Die Borschriften der §§ 2 und 3 Abs. 1 gelten nicht

a) für den Sicherheits= und Hilfsdienst,

- b) für die von der Industrie= und Sandelskammer zu Danzig erfaßten Werkluftschutbetriebe, die von der Werkluftschutz-Vertrauensstelle eine schriftliche Ermächtigung jum Abbrennen der Brandsätze besitzen,
- c) für die Schulen des Danziger Luftschutzbundes und die dem Danziger Luftschutzbund unter= stellten Luftschutzlehrtrupps, die vom Landesführer des Danziger Luftschutzbundes eine aus= drudliche schriftliche Ermächtigung zur Beranstaltung derartiger Schulungsmaßnahmen er= halten haben,
- d) für die Dienststellen der SU, SS, des NSRR und des NS-Fliegerkorps, die von ihrer oberften Führung eine ausdrudliche schriftliche Ermächtigung zur Veranstaltung derartiger Schulungsmaßnahmen erhalten haben.

\$ 5 memorale red than one amenorale relief and of

Wer vorsätzlich oder fahrlässig dieser Polizeiverordnung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 300 Gulden oder Haft bis zu 2 Wochen bestraft.

notwendige Genehmigung nicht vorliegt, ist die 6.3 zmigung nuch der vorliegenden Berordnung et-Diese Polizeiverordnung tritt am 14. Juni 1939 in Rraft. Danzig, den 14. Juni 1939.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

A III L 66 00 VI/39

Suth Dr. Hoppenrath

130

Bekanntmachung 2008 8 Mint omundrory & 2019

über die Bollzugsordnungen für den Telegraphen-, Fernsprech- und Funtdienst jum Weltnachrichtenvertrag Mabrid, 1932. Bom 17. Juni 1939.

Die auf der Welttelegraphen= und Weltfunktagung in Madrid 1932 angenommenen Vollzugs= ordnungen für den Telegraphen=, Fernsprech= und Funkdienst zum Weltnachrichtenvertrag Madrid (G. Bl. S. 191/1936 und S. 37/1938) sind auf der Verwaltungstagung des Weltnachrichtenvereins in Kairo 1938 geändert worden (WNV. Madrid 1932, Artifel 18 § 3). Der Wortlaut der geänderten Bollzugsordnungen mit den dazugehörigen Schlufprotokollen liegt beim Senat, Justizabteilung zur

Die neuen Vorschriften sind am 1. Januar 1939 für das Gebiet der Freien Stadt Danzig in Rraft getreten mit Ausnahme des Artikels 7 der Allgemeinen Bollzugsordnung für den Funkdienst, der erst vom 1. September 1939 ab gilt.

Danzig, den 17. Juni 1939.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

F. Fz. P. 30 - 2

Suth

Dr. Soppenrath

131

Rechtsverordnung made and wood name

zur Ergänzung ber Rechtsverordnung zum Schute ber Uniformen ber RSDAB. vom 7. November 1938 (G. Bl. S. 545). Vom 22. Juni 1939.

Auf Grund des § 1 Ziffern 9, 68 und 70 sowie des § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273) und des die Geltungsdauer dieses Gesetzes verlängernden Gesetzes vom 5. Mai 1937 (G. Bl. S. 358 a) wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

Artifel I

Die Rechtsverordnung jum Schutze der Uniformen der NSDAB. vom 7. Rovember 1938 (G.BI. vom 8. Rovember 1928 (G. Bl. C. 365) mit dere gizu ergangenen Anderungen wird wie folgte ge-

Die porstehenden Bestimmungen gelten mit Wirkung vom 1. Juli 1939 auch für ben Danziger Luftschutzbund, Körperschaft des öffentlichen Rechts."

Artifel II

Diese Berordnung tritt mit dem Tage ihrer Berkündung in Kraft.

Danzig, den 22. Juni 1939. Dan dan nenedeildreinist red egartiest erednojed Erhebung bestimmen, die Zuständigkeit ber Fürsorgebehörden reg

Der Senat der Freien Stadt Danzig wolnere nod bim

A III 39 52 gen. Suth Rettelsty

132

Berordnung

betreffend bie Ginfegung eines Bezirtsbürgermeifters im Ortsbezirt ber ehemaligen Landgemeinde Oliva.

Auf Grund des § 1 Biffer 12 und des § 2 des Gesethes gur Behebung der Rot von Bolf und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273) sowie des seine Geltungsdauer verlängernden Gesetzes vom 5. Mai 1937 (G. Bl. S. 358 a) wird folgendes mit Gesetzestraft verordnet: auch gewährt, wenn ber Beschädigte einen solchen Beruf innerhalb von gebn Jahren nach

- den Ausscheiden aus dem Militärdienit ausgesicht hat oder ausgesicht hätte. (1) Bur Wahrnehmung ber örtlich bedingten kommunalen Belange bestellt ber Senat für ben Ortsbezirk der ehemaligen Landgemeinde Oliva einen Bezirksbürgermeister und betraut ihn mit der Einrichtung eines den Bedürfnissen dieses Stadtteiles entsprechenden Bezirksamtes.
- (2) Die auf Grund des Vertrages zwischen der Stadtgemeinde Danzig und der Landgemeinde Oliva vom 6.11.1925/17.2.1926 eingerichteten Verwaltungsstellen gehen auf das neu zu bildende Be-Sat ein Bersorgungsberechtigter neben ben Bersorungsgebifteniffen ein E.radu tmaedrig

einer Beichäftigung im Dienst bes Staat ? ober anderer Körperschaften, Anstalten und

Der Bezirksbürgermeister hat im engsten Zusammenarbeiten mit den staatlichen und kommunalen Dienststellen die lebendige Berbindung mit der Bürgerschaft zu gewährleiften. Er untersteht den Weisungen und der Dienstaufsicht des Senats, Abteilung des Innern.

bezüge und Sinterbliebenenbezüge. Das E gommen aus einer Belchäftigung im Dienft ber

Der Bezirksbürgermeister wird vom Senat auf die Dauer von zwölf Jahren bestellt. Er ist als kommunaler Beamter mittelbarer Staatsbeamter.

jeweilige Monatseinkommen zugrunde zubigen.

- (1) Diese Berordnung tritt mit dem 1. Juli 1939 in Kraft.
 - (2) Gleichzeitig werden die dieser Berordnung entgegenstehenden Bestimmungen aufgehoben.

Danzig, ben 23. Juni 1939. mod don sid duil senorgensummolnis rod is&

Der Senat der Freien Stadt Danzig . Suth Dr. Hoppenrath Rettelsky

133 lie erwerbeunig pung sie dan Rechtsvervrbnunginineerswis sie luis

jur Anderung des Berforgungsgesetes.

Bom 17. Juni 1939. : annilog adnaplot tindra All & A

Auf Grund des § 1, Biffer 40 und des § 2 des Gesetzes gur Behebung der Rot von Bolf und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273) sowie des die Geltungsdauer Dieses Gesetzes verlangernden Gesetzes vom 5. Mai 1937 (G. Bl. S. 358 a) wird folgendes mit Gesetzestraft verordnet:

Artitel 1

Das Geset über die Bersorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschäsdigung (Bersorgungsgeset) vom 26. Januar 1923 (G. Bl. S. 186) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. November 1928 (G. Bl. S. 365) mit den dazu ergangenen Anderungen wird wie folgt gesändert:

1. § 23 erhält folgende Fassung:

"§ 23

Der Senat wird ermächtigt, die Arankenversicherung für Kriegshinterbliebene zu regeln und die hierzu erforderlichen Rechts- und Berwaltungsvorschriften zu erlassen; er kann insbesondere Beiträge der Sinterbliebenen und der Fürsorgebehörden festsehen, die Art ihrer Erhebung bestimmen, die Zuständigkeit der Fürsorgebehörden regeln, sowie für diese Berträge mit den Krankenkassen schließen.

Wer Fürsorgebehörde im Sinne des Abs. 1 ist bestimmt der Senat."

2. § 28 erhält folgende Fassung:

"§ 28

Die Beschädigten erhalten eine Zulage von 35 vom Hundert der nach § 27 Abs. 1 zu gewährenden Gebührnisse.

Die Zulage wird auf 70 vom Hundert der im Absatz 1 genannten Gebührnisse erhöht, wenn der Beschädigte vor dem Eintritt in den Militärdienst oder als Angehöriger der Wehrmacht einen Beruf ausgeübt hat, der erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten und ein besonderes Maß von Leistung und Berantwortung erfordert. Die erhöhte Zulage wird auch gewährt, wenn der Beschädigte einen solchen Beruf innerhalb von zehn Jahren nach dem Ausscheiden aus dem Militärdienst ausgeübt hat oder ausgeübt hätte, wenn er nicht durch eine schwere Beschädigung daran gehindert worden wäre. Offiziere erhalten die erhöhte Zulage."

3. § 62 erhält folgende Fassung: Angelende Fassung in 1966 (S)

Thog pom 6, 11, 1925/17, 2, 1926 eingerichteten 126 8, tungshellen geben auf das neu zu bilbende Be

Sat ein Bersorgungsberechtigter neben den Bersorgungsgebührnissen eine Einkommen aus einer Beschäftigung im Dienst des Staates oder anderer Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts oder der Berbände von solchen, so ruhen die Bersorgungszgebührnisse in Höhe der Hälfte des Betrages, um den dieses Einkommen 258,30 Gulden monatlich übersteigt. Einkommen in diesem Sinne sind auch die auf Grund einer solchen Beschäftigung gewährten Wartegelder, Ruhegehälter oder ruhegehaltsähnlichen Bersorgungsbezüge und Hinterbliebenenbezüge. Das Einkommen aus einer Beschäftigung im Dienst der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei oder ihrer Gliederungen, soweit diese nicht ganz aus Staatsmitteln unterhalten werden, bleibt außer Betracht. Wird für eine Waise ein Kinderzuschlag gewährt, so rechnet er zum Waisengeld. Der Ruhensberechnung ist das jeweilige Monatseinkommen zugrunde zu legen.

Dem Bersorgungsberechtigten bleibt jedoch mindestens die Sälfte seiner Bersorgungs= gebührnisse.

Bei der Einkommensgrenze sind die nach dem Einkommenssteuergeset zulässigen Abzüge, Werbungskosten, Ermäßigungen usw. entsprechend berücksichtigt. Dienstaufwandsgelder und Auslandszulagen sind außer Betracht zu lassen. Welche Einkommensteile als Dienstaufswandsgelder anzusehen sind, entscheidet auf Antrag der Senat endgültig. Hat der Berssorgungsberechtigte Kinder, für die Versorgungsgebührnisse gewährt werden, so ist für jedes Kind ein Betrag von 24,60 Gulden vom Einkommen abzusehen.

Auf die erwerbsunfähigen Beschädigten (§ 27 Abs. 3) und die Empfänger einer Pflegesulage (§ 31) finden diese Borschriften keine Anwendung."

4. § 114 erhält folgende Fassung:

and Mark Cranto Beard, Loughfer 40 mil Desce \$ 114 8, Seleges June Behilbling der Nobron Beliff und

Die zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Rechts= und Ver= waltungsvorschriften erlätzt der Senat."

Artifel 2

- (1) Es treten in Kraft: Artifel 1 Nr. 1 und 2 am 1. Juli 1939, Artifel 1 Nr. 3 und 4 am 1. April 1939.
- (2) Der Senat ist ermächtigt, das Versorgungsgeset vom 26. Januar 1923 (G.V. S. 186) und das Geset über das Versahren in Versorgungssachen vom 31. Januar 1923 (G.V. S. 210) unter Verücksichtigung aller Anderungen und der Rechtsverordnung zur Anderung des Versorgungsgesetzes vom 17. August 1934 (G.V. S. 667) im Gesetblatt bekannt zu machen. Er kann dabei überholte Vorschriften weglassen, Unstimmigkeiten beseitigen sowie Umstellungen und solche Anderungen vornehmen, die nur die Fassung betreffen.

Danzig, den 17. Juni 1939.

Der Genat ber Freien Stadt Dangig

G.S.1500

Suth Dr. Großmann

Louin 1989. And negen in Restly Article for the first of the first of

Mer Burjargedendine im Sune bes die i il belindung ber Gena

G.S. 1500

2. § 28 erhält folgende Failung

.5 78

Die Beschähigten erhalten eine Zulage von 35 von hundert bee nach § 27 Abf. 12 gu gewährenden Gebührnisse.

Die Inlage wird auf 70 vom Hunderl der im Absah I genannten Gebährnisse erbobt, wenn der Beschängte vor dem Eintritt in den Militärdienst oder als Angehörmer der Webrmacht einen Veruf ausgeäbt hat, der erhebliche Renntnisse und Fersigleiner und ein besonderes Mah von Leistung und Berantwortung erfordert. Die erhöhte Julage wird auch gewährt, wenn der Beschädigte einen solchen Beruf innerbalb von zehn Jahren nach dem Nisscheiden aus dem Militärdienst ausgeübt hat ober ausgeübt hätte, wenn er nicht darch eine schwere Beschädigung barun gebindert worden ware. Offisiere erstatten die erhöhte Inlage."

3. § 62 erbalt folgenbe Balfung:

.. 8 62

das ein Verforgungsberechtigter weben ben Beriorgungsgebührnissen ein Einforunen aus einer Beldastigung im Dienst des Staates oder anderer Körperlähaften, Anstalten und Sittinugen des össentlichen Rechts aber der Berhänds von solchen, so ruben die Alersorgungsgebührnisse in Höhe der Sälfte des Betrages, um den diesen Einsommen 256.30 sudere monatlich übersteigt. Eintommen in diesem Sinne sind auch die auf Grund einer solchen Beschäftigung gewährten Bartegelder, Andegehälter oder rubegehaltsabnlichen Bersorgungsberühre und Hinderschliebenschessüge. Das Einsommen aus einer Beschäftigung im Dienst der Rationallozialistlichen Dochichen Arbeiterpartet oder ibrer Glieberungen, soweit diese abei ganz aus Staatsmitteln unterhalten werden, bleibt aucher Betracht. Alled für eine Wosse ein Kinderzuschlag gewähet, so rechnet er zum Wassengeld. Der Rubensberechnung ist des seweilige Monatseinsommen zugrunde zu legen.

Dem Berforgungsberechligten bleibt jedoch minbeltens bie Hetfie feiner Berforgungsgebührafife.

Bei der Einkommensgrenze sind die nach dem Einkommensstenergeset zulästigen Abzüge. Werdnungskoften, Ermätigungen usw. entsprechend berücksichtigt. Dienftanfwandsgelber und Auslandszulagen sind aucher Betracht zu lassen. Welche Einkommenstelle als Dienftankwandsgelber anzuleden lind, entscheibet auf Antroe der Senat endustig. Dat der Seriorgungsgebührnisse gewährt werden, so ist fan Daes Rind ein Betrag von 24,60 Gulden vom Einfommen abzulehen.

Auf die erwerbeunfähligen Beschüdigten is 27. Abs. 3) und die Empfänger einer Pflede enlage (h 31) finden diese Borschriften leine Anwendung."

4. h 114 erhält folgende Walfung

3 114

Die jur Durchfilbrung imb Ergangung bleibe Gefehrt erforbiellichen Rechts und Ber-